gische, positive Arbeit in den Gewerkschaften. Es gilt in den Gewerkschaften, dem Beispiel der englischen Arbeiter folgend, einen starken linken Flügel der Arbeiterbewegung herauszubilden, der die Aufgaben des proletarischen Klassenkampfes gegen die reformistischen Tendenzen und die reformistische Politik der Gewerkschaftsbureaukratie übernimmt. Nur die vollständig klare Erkenntnis der ungeheuren Bedeutung einer solchen Aufgabe wird uns die Kraft, den notwendigen Ernst und die Zähigkeit zu ihrer Verwirklichung geben. Auch hier muß die Kommunistische Jugend im Vordertreffen der Arbeit stehen.

Die Konferenz der Kommunistischen Jungarbeiter Ostsachsens hat also gewaltige Aufgaben zu lösen. Möge die Konferenz mit dem notwendigen Ernst die gestellten Aufgaben bewältigen. In diesem Sinne entbieten wir den Vertretern des revolutionären Jungproletariats brüderlichen Gruß!

Max Hölz im Hungerstreik

Antrag der kommunistischen Fraktion im Preußischen Landtag

Die kommunistische Fraktion des Preußischen Landtags brachte einen Antrag ein, der sich mit der ungeheuerlichen Brutalität der Justiz gegen Genossen Max Hölz befaßt. Sache der Arbeiterschaft ist es, diesem Antrag den nötigen Nachdruck zu verleihen, um Max Hölz vor seinen Peinigern zu retten. Der Antrag lautet:

Der Kommunist Max Hölz ist im Juni 1921 von dem Außerordentlichen Gericht beim Landgericht I Berlin zu lebenslänglichem Zuchthaus verurteilt worden, und zwar u. a. deshalb, weil er auf Grund von sehr zweifelhaften Zeugenaussagen des Totschlags an dem Gutsbesitzer Heß für überführt erachtet wurde. Inzwischen haben Personen vor einem bürgerlichen Rechtsanwalt in Halle a. S. bekundet, daß ihnen gegenüber einer der Hauptbelastungszeugen erklärt habe, Hölz sei nicht der Mörder, und wenn er als Hauptbelastungszeuge nicht beeinflußt worden wäre, so hätte er Hölz vor dem Außerordentlichen Gericht auch nicht als Mörder bezeichnet. Dieser Hauptbelastungszeuge hat ferner erklärt, daß er schon früher seine Aussage widerrufen haben würde, wenn er bisher nicht unter Bewährungsfrist gestanden, und er nicht vermeiden wollte, daß ein anderer an Stelle von Hölz verurteilt würde.

Diese Bekundungen sind dem Reichsjustizministerium bereits im Juni d. J. von dem Rechtsbeistand des Max Hölz, Justizrat Viktor Fraenkl, übermittelt worden, ohne daß bekannt geworden wäre, daß das Reichsjustizministerium diese Bekundungen zum Anlaß einer Prüfung und der Einleitung eines Wiederaufnahmeverfahrens genommen hätte.

Die kommunistische Landtagsfraktion beantragt deshalb:

Der Landtag wolle beschließen:

das Staatsministerium wird beauftragt,

1. **bei der Reichsregierung dahin vorstellig zu werden, daß ein Wiederaufnahmeverfahren in Sachen Hölz sofort in die Wege geleitet wird,**
2. **daß durch ein ärztliches Obergutachten einer Ärztekommission der Gesundheitszustand und die Arbeitsfähigkeit von Hölz nachgeprüft wird,**
3. **daß der in der letzten Zeit an Hölz geübte verschärfte Strafvollzug sofort eingestellt und Hölz zur Behandlung seiner durch mehr als 6jährige Einzelhaft schwer geschädigten Gesundheit in ein Lazarett überführt wird,**
4. **daß Hölz bis zur Erledigung des Wiederaufnahmeverfahrens als Untersuchungsgefangener behandelt wird.**

Neumann und Poege sollen ihren Kopf durch weitere Denunziationen retten

Der Prozeß gegen Seelmann und Schulz vor dem Staatsgerichtshof

Leipzig, 24. September.

Die übliche Anklage, diesmal etwas mit dem Pfeffer des **Sprengstoffgesetzes** bestreut. Der Angeklagte Seelmann ist aus der KPD. **ausgeschlossen wegen Spitzelverdachtes.** Er ist ein guter Freund des aus dem großen Spitzelprozeß gegen Neumann und Genossen bekannten Friseurs Rausch. Der gegenwärtige Prozeß steht in einem gewissen Zusammenhang mit dem damaligen großen Spitzelprozeß. Als Zeugen erscheinen, neben dem unvermeidlichen Vogt und dem ebenso unvermeidlichen Heller, Neumann und Poege, weiter Meyer und Kuhls, letzterer auf freiem Fuße. Beide begrüßen sich herzlich. Die verhafteten Zeugen befinden sich in der Begleitung je eines uniformierten Beamten, Neumann wird sogar von zwei solchen beschützt. Der Vorsitzende Baumgarten kann nicht umhin, wiederum seine tiefe Kenntnis kommunistischer Verhältnisse zum besten zu geben. Der Vorname „Walter" ist nach ihm der übliche kommunistische Decknamen. Auch von Sprengstoffen und ihrer Gefährlichkeit erfährt man etwas. Dem Angeklagten Seelmann wird vorgeworfen, einmal ein Paket mit solch gefährlichem Inhalt gehabt zu haben. Ferner soll er eine Bemerkung gemacht haben, daß sich in einem Eisschrank Sprengstoff befindet. Ferner soll er versucht haben, zwei Karabiner zu holen. Das ist der ungefähre Inhalt der Anklage gegen ihn. Der Angeklagte Schulz, seit neun Monaten in der Untersuchungshaft, ist so schwer nicht belastet. Er soll einen Brief an Rausch überbracht haben und bei Zusammenkünften anwesend gewesen sein. Am Ende soll er Margies ein Paket mit Gewehrmunition gegeben haben. Aus Berlin hat er sich als schwer herzkrank entfernt, um nicht ohne Grund verhaftet zu werden, wie das bei Kommunisten so der Fall zu sein pflegt. Der Vorsitzende Baumgarten ist über eine solche Ansicht platt. Er will dem Angeklagten einen Paß der kommunistischen Paßfälschezentrale unterschieben. Dieser weiß jedoch von nichts. Der Paß ist auch nicht vorhanden. Der erste Zeuge Heller kann aus eigenem Wissen so gut wie gar nichts angeben. Er bringt im übrigen, was der verwundete Rausch ihm erzählt hat. Die Stellung Seelmanns war selbst nach diesem Zeugen untergeordnet. Die Behauptung des Zeugen Heller, Seelmann sei Führer einer Zehnergruppe gewesen, beruht auf Angaben eines Dritten. Der Angeklagte Schulz habe nicht einmal eine solche „Funktion" bekleidet. Nach Heller ist der Zehnergruppenführer der KPD. auch tätig im militärischen Apparat. Es wird von dem Angeklagten Seelmann beantragt, mit Genehmigung des Polizeipräsidiums die Angabe des Namens des Vertrauensmannes Heller, den dieser sich zu nennen weigert, herbeizuführen. Der nächste Zeuge, Klempnermeister Polwig, ist nicht mehr Mitglied der KPD.

Er sagt aus, daß Seelmann nicht als Zehnergruppenführer tätig gewesen wäre.

Nun kommt der Zeuge Neumann an die Reihe. „Darf ich vielleicht fragen, wie weit das Gnadengesuch gediehen ist?" beginnt der Vorsitzende die Vernehmung. Neumann kann keine Angaben machen. Zum gegenwärtigen Prozeß sagt er aus eigenem Wissen nichts. Er gibt allerlei Vermutungen Ausdruck. „Er glaubt auch," daß Seelmann von der Art des Inhalts im großen ganzen unterrichtet war. Das ist das „Material", auf Grund dessen die Angeklagten dem Zuchthaus ausgeliefert werden sollen. Der Zeuge Neumann gibt sich, was seine „Schlüsse" anbelangt, alle mögliche Mühe, die Angeklagten zu belasten.

Offenbar wird die Entscheidung über das Gnadengesuch von seinem Wohlverhalten abhängig gemacht, und Neumann weiß das.

Poege, der als Zeuge folgt, geht anscheinend von der gleichen Erwägung aus. Soweit in Einzelheiten der Angaben der beiden Ehrenmänner Differenzen bestehen, werden diese „ausgeglichen". „Kleine Gedächtnisfehler", „bloßes Vergessen", „ein Mißverständnis". Allerdings kommen die beiden nicht unter einen Hut. Poege macht schließlich einen Zurückzieher, was seiner „Glaubwürdigkeit" aber wohl kaum Abbruch tun wird. Der Verteidiger Herzfeld beantragt, zwecks Klärung Rudolf Margies als Zeugen zu laden.

Der Gerichtshof verurteilte nach 11stündiger Verhandlung Seelmann wegen Vergehens gegen § 7 des Republikschutzgesetzes, Beihilfe zum Hochverrat und unbefugten Waffenbesitzes und Vergehens gegen § 7 des Sprengstoffgesetzes zu 2½ Jahren Gefängnis und 250 Mk. Geldstrafe, wovon die Geldstrafe und 9 Monate der Freiheitsstrafe als verbüßt erachtet werden. Das Verfahren gegen Schulz wurde auf Grund des Amnestiegesetzes eingestellt.

Das Elendsbarometer steigt

Dresden, 25. September. Nach der Berechnung des Statistischen Landesamtes beträgt die sächsische Gesamtindexziffer der Lebenshaltungskosten im Durchschnitt des Monats September 146,2 (Vorkriegszeit gleich 100). Sie ist demnach gegen die für den Monatsdurchschnitt August vorliegende Indexziffer von 137 um 9,3 v. H. gestiegen.

Sie glauben selbst nicht an den „Preisabbau"

An der Berliner Börse kosteten im Durchschnitt in der Woche vom 16. bis 22. September märkischer Weizen:

Sofort lieferbar, 210 Mark pro Tonne,
im Oktober lieferbar aber 229 Mark pro Tonne.

Roggen: Sofort lieferbar 158 Mark pro Tonne,
per Oktober aber 177 Mark!

Der Unterschied zwischen den Preisen für sofort und im Oktober lieferbare Ware ist viel höher als die Zinsen für einen Monat — es gibt nur eine vernünftige Erklärung für diese Preisspannung: Die Getreideschieber, die diese Dinge doch verstehen, rechnen darauf, daß nach dem Inkrafttreten der Einfuhrscheine die Getreidepreise eben um soviel höher sein werden als heute. Das hindert die Herren natürlich nicht, in der von ihnen abhängigen Presse weiter vom kommenden „Preisabbau" zu schwatzen.

Wie lange wollen die Eisenbahnergewerkschaften warten?

Der Wirtschaftsminister hat vor „Vertretern der Wirtschaft" offiziell den Bankrott des Preisabbauschwindels zugestanden. Damit ist auch das letzte Hindernis, das die Führer der Eisenbahnergewerkschaften für die Einleitung einer allgemeinen Aktion geltend machten, endgültig beseitigt. In Dresden sind die Eisenbahner zur passiven Resistenz übergegangen. Die Organisationen in Essen, Elberfeld, Stuttgart, Berlin und in ganz Sachsen haben die allerschärfsten Kampfmaßnahmen gefordert, weshalb zögert die Leitung des Einheitsverbandes immer noch? Glaubt sie vielleicht, daß die wenigen Tage bis zum 1. Oktober noch ein Wunder bringen? Der Preisabbau ist als Schwindel entlarvt. Die Eisenbahner der wichtigsten Knotenpunkte sind zum Kampf bereit. Jetzt muß gehandelt werden.

Es geht ja nicht nur um die Löhne der Eisenbahner. Auch die Beamten und die Kommunal- und Staatsarbeiter sind interessiert an dem Lohnkampf der Eisenbahner, und werden einen Kampf derselben vorbehaltlos unterstützen. Die Gelegenheit, um der Verelendungspolitik der Luther-Regierung Einhalt zu gebieten, ist da. All die, an der Lohnbewegung der Eisenbahner interessierten Arbeiterschichten, unter einheitlicher Führung zusammengefaßt, können die Luther-Regierung und die Dawesbahngesellschaft auf die Knie zwingen. Sie müssen nur wollen. Die Kraft haben sie dazu.

Die Verwaltung der Dawesbahn hat die Gefahr einer einheitlichen Eisenbahnerbewegung sehr schnell erkannt. Die Dresdner Eisenbahner hat sie durch eine Extrazulage von 20 Pf. pro Tag, also 1 Mark 20 Pf. pro Woche, kaufen wollen. Mit Recht haben die Dresdner Eisenbahner dieses Angebot abgelehnt. Denn wenn die Gesamtorganisation sich auf die Seite der Dresdner stellt und die Eisenbahner im Reich auffordert, nachzustoßen, dann haben sie es nicht nötig, sich mit diesem Judaslohn zufriedenzugeben, sondern die Reichsbahngesellschaft ist gezwungen, sämtliche Forderungen der Eisenbahner zu bewilligen.

Deshalb Schluß mit der Harmonieduselei!

Handeln! — Das ist die Parole der Eisenbahner!

Einmütigkeit von den Sozialdemokraten bis zu den Deutschnationalen

Berlin, 26. September. (Eigener Drahtbericht.) Heute vormittag wird der Auswärtige Ausschuß zum Garantiepakt Stellung nehmen. Diese Einberufung und die Stellungnahme zum Pakt ist nur noch eine **formelle Angelegenheit**, denn die Reichsregierung hat bereits in voller Einmütigkeit die Kapitulation vor dem Ententekapitalismus beschlossen. **Die Parteien von der SPD. bis zu den Deutschnationalen stehen in dieser Frage einmütig hinter der Luther-Regierung.**

Die Länder billigen die Entscheidung der Regierung

Berlin, 26. September. (Eigener Drahtbericht.) Gestern tagte die Konferenz der Ministerpräsidenten der Länder. Auf derselben wurde der Bericht des Kabinetts über die bevorstehende Teilnahme an der Luzerner Konferenz entgegengenommen und nach kurzer Aussprache gebilligt.

Sowjetrußland zum Sicherheitspakt

Moskau, 26. September. (Eigener Drahtbericht.) Die Sowjetpresse macht kein Hehl daraus, daß Moskau durch die Paktpolitik in eine gegensätzliche Stellung zu England gerät und bezeichnet den Pakt sehr richtig als ein Erzeugnis der englischen Diplomatie. England strenge seine Kräfte an, Deutschland unter seinen Einfluß zu bringen. Aber wenn England eine feindliche Politik der Sowjetunion gegenüber betreibe, könne die Sowjetunion diesem nicht gleichgültig gegenüberstehen. Der Artikel 16 des Völkerbundes zeige ganz klar, daß die Paktpolitik zu einem Bündnis gegen Rußland führen werde.

Abreise Tschitscherins aus Moskau

Warschau, 26. September. (Telunion.) Ein amtlicher Funkspruch aus Moskau teilt mit, daß Tschitscherin gestern abend mit dem Schnellzuge um 6 Uhr von Moskau nach Warschau abgereist ist. Entgegen anderslautenden Meldungen wird er am Sonntag mittags 12 Uhr auf dem Wiener Bahnhof in Warschau eintreffen. Am Dienstag wird er die Vertreter der polnischen Presse empfangen.

Volkskommissar Tschitscherin kommt nach Berlin

Wie gemeldet wird, wird sich der russische Volkskommissar für äußere Angelegenheiten von Warschau nach Berlin begeben und mit dem deutschen Außenminister Stresemann eine Zusammenkunft haben. Tschitscherin wird der Erwartung Rußlands Ausdruck geben, daß Deutschland den Rapallovertrag erfüllt und den deutschen Außenminister auf die Stellung Rußlands zum Eintritt Deutschlands in den Völkerbund und Unterzeichnung des Sicherheitspaktes hinweisen.

Cook steht zu seinen Worten!

Bekanntlich haben die in Brüssel versammelten Vertreter der „Bergarbeiter-Internationale" einstimmig Cooks Reden in Berlin und Essen als „nicht amtlich" desavouiert. Nunmehr finden wir im „Daily Herald" eine Erklärung des Kameraden Cook, die besagt:

„Ich habe nichts zurückzuziehen, von dem, was ich gesagt habe. Ich muß hinzufügen, daß ich nicht im Namen der Bergarbeiter-Internationale gesprochen habe. Ich habe für die Einheit plaidiert, dafür, daß alle Abkommen in allen Ländern zugleich gekündigt werden und für die Gleichheit der Arbeitszeit in allen Industrien. Wenn die Vertreter der Bergarbeiter-Internationale eine andere Meinung haben, dann weiß ich nicht, wofür es eine Internationale gibt."

Kamerad Cook steht also zu seinen Worten. Nicht läßt er sich durch das Geschrei der Bourgeoisie und der mit dieser auch hier wieder einigen Husemänner beirren. Cooks mutiges Verhalten wird die Sympathie für ihn bei den Ruhrkumpels nur verstärken, wissen diese doch, daß sie in ihrer Internationale wenigstens einen Kameraden haben, der ihre Sprache spricht und für ihre Wünsche und Forderungen undiplomatisch, echt proletarisch eintritt. Ganz eindeutig für jeden Kumpel sagt Cook in seiner obigen Erklärung:

„Wir müssen in allen Bergbauländern zu einer gleichzeitigen Kündigung kommen, damit jedesmal, wenn die Unternehmer den Kündigungstermin für Vorstöße ausnützen wollen, die Bergarbeiter aller Länder zum gemeinsamen Abwehrkampf schreiten können. Denn wofür gibt es eine Internationale?"

Gerade das ist es aber, was die Reformisten immer wieder verhindern, die die Kündigungstermine in den einzelnen Ländern möglichst weit voneinander trennen wollen, um sich, wie seinerzeit in Paris, hinter das kapitalistische Gesetz der Unverletzbarkeit gefällter Schiedssprüche verstecken zu können, um ja nicht in die Lage zu kommen, solidarisch und international handeln zu müssen. Und weil Cook diese Reformistentaktik aufdeckt, deshalb die Wutausbrüche gegen ihn. Die Kumpels aber werden verstehen, daß gerade diese gleichmäßige Regelung der Kündigungsfristen der Anfang einer wirklichen internationalen Aktion der Bergarbeiter sein muß. Und deshalb werden sie mit Cook gehen. —

Die Reformisten heben besonders hervor, daß Cook nicht als Vertreter der Internationale sprach, sondern quasi „nur" als Privatmann. Leider, sagen wir, waren seine Ausführungen nicht identisch mit der Auffassung der Internationale, die noch immer mehr Husemänner als Cooks zu Vertretern hat. Aber der Ruhrkumpel weiß, daß die „Privatperson" Cook hinter sich hat die restlose Sympathie aller englischen Kameraden, was Husemann von sich nicht sagen kann, und ein solcher Führer ist mehr als eine Privatperson. Sein Programm, das gilt es, muß zum Programm aller Bergarbeiterverbände und auch der Internationale werden. Ruhrkumpels, gerade ihr habt alle Ursache, dafür einzutreten.

Deshalb: **mit Cook!**

Neuer Friedensvorschlag Abd el Krims

Die „Humanité" ist in der Lage, den Inhalt von neuen Friedensvorschlägen wiederzugeben, die der französischen Regierung oder wenigstens irgendwelchen französischen nichtoffiziellen Persönlichkeiten zur Uebermittlung an die Regierung Painlevé im Namen Abd el Krims gemacht wurden. Bekanntlich forderten die Rifleute bisher die völlige Unabhängigkeit des Rifs. Painlevé und Primo de Rivera wiesen diese Forderungen zurück, selbst bei der Einschränkung, daß die Rifleute französische Polizeikadres für das Rif akzeptierten. Das Argument, mit dem Painlevé und Primo de Rivera operierten, waren die imperialistischen Geheimverträge von 1904 und 1912 und das Algeciras-Abkommen. Die Imperialisten und ihre Verbündeten, die sozialdemokratischen Führer fürchten, daß eine Aenderung des Marokkostatus, das bei der Anerkennung der Unabhängigkeit gegeben wäre, internationale Konflikte und Interventionen von seiten der Mächte, die das Algeciras-abkommen unterzeichnet haben, herbeiführen würde. Die neuen Vorschläge zeugen von einem ehrlichen Friedenswillen der Rifleute und beseitigen die Möglichkeit, die bisherigen Einwendungen aufrecht zu erhalten.

Das englische Riffkomitee, das vor etwa zwei Jahren aus offiziellen und offiziösen Mittelsmännern Abd el Krims gebildet wurde, teilt jetzt auf Grund der von Abd el Krim erhaltenen Anweisungen mit, daß die Rifleute keine Bedenken hätten, ein Angebot der französischen Regierung, das ihnen die völlige politische und wirtschaftliche Autonomie sichert, selbst unter dem Vorbehalt, daß Frankreich und Spanien sich das Recht, für das Rif Verträge mit ausländischen Mächten abzuschließen, beanspruchen, anzunehmen. Allerdings müsse die politische Autonomie, das Recht, eigene Polizeikräfte zu halten, einschließen und die wirtschaftliche Autonomie dem Rif das Recht überlassen, unabhängig von ausländischer Kontrolle eigene Zölle festzusetzen. Das Riffkomitee schlägt ferner im halbamtlichen Auftrag Abd el Krims vor, daß, falls die französische Regierung diese Bedingungen in Erwägung zieht, in Begleitung einiger Mitglieder des Riffkomitees ein offizieller Vertreter der französischen Regierung sich zu Abd el Krim begeben solle, um die Friedensverhandlungen zu beschleunigen. Das Komitee schlägt Malvy für diese Aufgabe vor.

Zum Schluß erklärt sich das Komitee bereit, der französischen Regierung zum Beweise der Aufrichtigkeit des Angebots ein Beglaubigungsschreiben Abd el Krims vorzulegen, und weist darauf hin, daß die Genehmigung der französischen Regierung zur Einfuhr von Medikamenten und Sanitätern ins Rif beträchtlich zur Schaffung einer Atmosphäre der Versöhnung und des Friedens beitragen würde.